

# Städte-Initiative auf der Zielgeraden

**THUN** Der Gemeinderat hat ein Reglement zur Umsetzung der Städte-Initiative ausgearbeitet. Es sei eine «mehrheitsfähige, moderate und pragmatische Vorlage». Ob diese Einschätzung stimmt, wird sich am 27. Oktober zeigen. Dann entscheidet der Stadtrat über den schon im Vorfeld umstrittenen Entwurf.

Es war ein denkbar knappes Ergebnis: Am 12. Dezember 2014 hatte der Stadtrat die von 1625 Bürgerinnen und Bürgern unterschriebene und vom Gemeinderat zur Ablehnung empfohlene Städte-Initiative mit 20 zu 19 Stimmen angenommen. Der Gemeinderat hatte damit den Auftrag erhalten, ein Reglement zu erarbeiten, das die Absichten der Gemeinde-Initiative zur Förderung von öffentlichem Verkehr, Fuss- und Veloverkehr erfüllt. Gestern versickte der Gemeinderat den fertigen Reglements-entwurf. Dieser kann nun vom Stadtrat beraten und allenfalls angepasst werden. Das Geschäft ist für den 27. Oktober traktandiert.

## Prozent-Klausel gestrichen

Die Vorarbeiten für den Reglements-entwurf waren umfangreich. Eine gemeinderätliche Delegation arbeitete unter Beizug des Initiativkomitees im Jahr 2015 einen ersten Entwurf aus (wir berichteten). Man einigte sich darauf, die in der Initiative enthaltene Vorgabe – der Anteil des öffentlichen Verkehrs, des Fuss- und des Veloverkehrs sei innert zehn Jahren um mindes-

tens zehn Prozent zu erhöhen – im Reglements-entwurf nicht festzuhalten.

Im Rahmen einer ersten Konsultation über den Entwurf bei den Parteien, Leisten und Mitgliedern der Spezialkommission Verkehr wurden im vergangenen April 19 Stellungnahmen eingereicht. «Diese lagen inhaltlich zum Teil weit auseinander», hält der Gemeinderat in seiner Medienmitteilung fest. Der Gemeinderat habe gestützt auf die Stellungnahmen im Hinblick auf die Vernehmlassung einige Anpassungen an der Vorlage vorgenommen.

## Kontroverse Stellungnahmen

Vom 29. Juni bis zum 26. August wurde zum überarbeiteten Reglements-entwurf schliesslich eine Vernehmlassung durchgeführt. 16 Organisationen, Parteien und Verbände reichten eine Stellungnahme ein. Dabei kristallisierten sich zwei Positionen heraus:

- **Der Verein Städte-Initiative, die SP, die Grünen und der VCS** haben in der Vernehmlassung insbesondere zwei Hauptanliegen vorgebracht: die Einführung einer jährlichen Berichterstattung und den Verzicht auf die Aufhebung des Reglements über

die Förderung des Veloverkehrs vom 25. April 1986. «Im Antrag an den Stadtrat wird unter anderem die Einführung einer jährlichen Berichterstattung übernommen», hält der Gemeinderat fest. An der Aufhebung des Reglements über die Förderung des Veloverkehrs halte er hingegen fest. «Dieses alte Reglement war niemandem mehr bewusst und ist heute eigentlich überflüssig», ergänzte **Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP)**. Es sei auch schwierig, bei einzelnen Projekten Mittel für den Veloverkehr auszuscheiden. Man mache auch ohne dieses Reglement immer wieder etwas für den Veloverkehr.

- **SVP, FDP und BDP sowie verschiedene Verbände (IGT, Thuner KMU, TCS, TGV)** beurteilten die Städte-Initiative und den gestützt darauf entworfenen Umsetzungsvorschlag kritisch. Auch hier hat der Gemeinderat in seinem Reglements-entwurf Änderungsvorschläge übernommen. Zum Beispiel die Erwähnung des Grundsatzes der freien Wahl von Verkehrsmitteln, die Erwähnung der Wirtschaftlichkeit oder die Aufnahme einer Bestimmung zu den Güterumschlagplätzen.

## «Pragmatischer Kompromiss»

Der Gemeinderat und die Verwaltung hätten viel Zeit und Energie in die Erarbeitung der vorliegenden Grundlagen gesteckt. «Es war dem Gemeinderat wichtig,

den Auftrag des Stadtrates sorgfältig und loyal umzusetzen und alle Akteurinnen und Akteure der städtischen Verkehrspolitik in die Arbeiten einzubinden», betonte **Lanz**. Es sei dem Gemeinderat darum gegangen, einen mehrheitsfähigen und pragmatischen Kompromissvorschlag auszuarbeiten.

## REAKTIONEN

### Es gibt weiterhin Kritik

**Lukas Lanzrein (Fraktion SVP/FDP)** spricht von einem «ersten Lichtblick». Der Gemeinderat habe auf Druck der bürgerlichen Parteien und der Wirtschaftsverbände einige Verbesserungen vorgenommen, beispielsweise die freie Wahl der Verkehrsmittel. In anderen Punkten sei man aber noch nicht zufrieden. So sollten nach Ansicht Lanzreins die Bedürfnisse der lokalen Wirtschaft stärker berücksichtigt werden. **Auch ein Ausbau der Verkehrskapazitäten müsse künftig möglich sein.** Zudem müssten Investitionen in den Langsamverkehr von den finanziellen Möglichkeiten der Stadt abhängig gemacht werden. «Wir werden deshalb noch Änderungsanträge einreichen, sind aber grundsätzlich bereit zu einem Kompromiss», sagte Lanzrein. **Auch Andreas Kübli, Co-Präsi-**

Die Vernehmlassung habe gezeigt, dass die verschiedenen Positionen in der Thuner Verkehrspolitik teilweise weit auseinanderliegen würden. Der vorliegende Reglements-entwurf sei aus Sicht des Gemeinderates ausgewogen und moderat. Der Auftrag vom 12. Dezember 2014 sei damit erfüllt. *rdh*

**dent des Initiativkomitees und Stadtrat der GLP**, ist nicht in allen Punkten einverstanden. Es müsse im Reglement klarer umschrieben werden, dass der Langsamverkehr im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr gesteigert werden solle. «Damit würde der Verkehr generell verflüssigt, was allen zugutekommt», betonte Kübli. Auch die Formulierung, die Stadt solle für ein angemessenes Angebot an Parkraum für den motorisierten Verkehr, findet Kübli ungenügend. «Das tönt gar nach einem Ausbau, da müsste die Verhältnismässigkeit festgelegt werden», so Kübli. **Insgesamt sei das Reglement «nun relativ weit vom ursprünglichen Initiativtext entfernt».** Es sei deshalb wahrscheinlich, «dass im Stadtrat auch von uns Änderungsanträge kommen werden». *rdh*

## Kredit für Verkehrsplanung

**THUN** Der Gemeinderat hat 200 000 Franken für die Erarbeitung eines städtischen Gesamtverkehrskonzepts bewilligt. Die Arbeiten werden im November aufgenommen und sollen parallel zur Ortsplanungsrevision erfolgen.

Der Verkehrsrichtplan der Stadt Thun stamme aus dem Jahr 1990 und sei in einigen Teilen heute veraltet. Das teilte die Stadt gestern mit. Mit einem Gesamtverkehrskonzept wolle der Gemeinderat die städtische Verkehrsplanung aktualisieren und die verschiedenen Teilkonzepte in einem gesamthaften Instrument zusammenfassen. «Das Gesamtverkehrskonzept wird so als Teilinhalte neben dem motorisierten Verkehr auch den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr behandeln», schreibt die Stadtverwaltung. Die Erarbeitung eines Gesamtverkehrskonzepts ist Teil der Legislaturziele 2015–2018, insbesondere des Legislaturziels Nummer 10, welches besagt, «der Gesamtverkehr ist verflüssigt». Schwerpunkt 4 fordert: «Verkehr optimieren».

## Agglomerationsprogramm als Rahmen

Den übergeordneten Rahmen für das städtische Gesamtverkehrskonzept bildet das Agglomerationsprogramm. Die zeitlich parallele Erarbeitung des Gesamtverkehrskonzepts mit der Ortsplanungsrevision soll eine «optimale Abstimmung von Verkehr und Siedlungsentwicklung ermöglichen». Die Federführung für die Erarbeitung des Gesamtverkehrskonzepts liegt ebenfalls beim Planungsamt. Der Auftrag soll durch das Büro Infras AG, Bern, bearbeitet werden. Das Gesamtverkehrskonzept soll bis Ende 2018 vorliegen.

## Vision als übergeordnete Zielsetzung

Als übergeordnete Zielsetzung für den Planungsauftrag hat der Gemeinderat eine «Vision Gesamtverkehrskonzept» verabschiedet. Damit setze er – in Übereinstimmung mit dem Reglement über eine nachhaltige städtische Mobilität – die Leitplanken «für ein wirksames Planungsinstrument, welches eine zukunftsgerichtete städtische Verkehrspolitik unterstützen soll», wie die Stadt schreibt.

## Stadt will gleich mehrere Ziele erreichen

Durch eine «konsequente Anwendung und eine pragmatische Umsetzung» des Gesamtverkehrskonzepts will die Stadt Thun mehrere Ziele erreichen. So sollen der Gesamtverkehr verflüssigt und die Wohnquartiere «wirksam vom motorisierten Verkehr entlastet werden». Die Innenstadt und Quartierzentren sollen als Orte der Begegnung aufgewertet werden, die Anteile des Fussverkehrs, des Veloverkehrs und des öffentlichen Verkehrs gesteigert werden. Ferner will die Stadt, dass die verschiedenen Verkehrsteilnehmer sich sicher auf einem attraktiven Verkehrsnetz bewegen können und dass der vorhandene Strassenraum «optimal und haushälterisch genutzt» wird. Zu guter Letzt heisst es in der «Vision Gesamtverkehrskonzept», Verkehrs-massnahmen sollen der Stadtbevölkerung möglichst grossen Nutzen bringen. «Sie sollen die gesetzten Ziele nachhaltig, situationsgerecht und kosteneffizient erfüllen.» *egs/maz*

# Offene Uttigenstrasse bringt Armasuisse Nachteile

**THUN** Mehr Sicherheit für Velofahrer: Das will die Fraktion der Grünen mit einer umgehenden Öffnung der Uttigenstrasse erreichen. Ein entsprechendes Postulat im Stadtrat rennt offene Türen ein. Zu einer raschen Öffnung kommt es trotzdem nicht.

«Die Stadt wird gebeten, zu prüfen, mit welchen Massnahmen die umgehende Öffnung der Uttigenstrasse erreicht werden kann»: Ein Postulat mit diesem Wortlaut wurde im August von der Fraktion der Grünen eingereicht – und vom Stadtrat für dringlich erklärt. Die Bautätigkeit an der Allmendstrasse und das hohe Verkehrsaufkommen würden zu unhaltbaren Situationen für Velofahrer führen, sind die Grünen überzeugt. Und: «Die Uttigenstrasse wäre bei einer Öffnung ab dem Franzosenweg in Richtung Stadt eine optimale Langsamverkehrsverbindung.» Die Uttigenstrasse gehört der Armasuisse – dem Bundesamt für Rüstung – und ist heute teils nur tagsüber für den Verkehr geöffnet, teils ganz geschlossen. Die Antwort der Regierung auf das Postulat war kurz und bündig: «Die Idee einer Öffnung der Uttigenstrasse rennt beim Gemeinderat offene Türen ein. Der Gemeinderat ist in dieser Sache bereits mit der Armasuisse im Gespräch.» Deshalb beantragte er an der Stadtratssitzung vom Donnerstagabend die Annahme des Postulats.

## Keine Win-win-Situation

Gemeinderat Konrad Hädener lieferte als Bauvorsteher zusätzliche Hintergrundinfos: «Wir haben von der Armasuisse bereits zwei Strassen übernommen – die General-Wille-Strasse und den Franzosenweg. Nächster Übernahmekandidat ist die Uttigenstrasse.» Diese Übernahme sei schon länger vorgesehen. Bereits im Richtplan «Entwicklungsschwerpunkt Nord» sei das Ziel



Die Uttigenstrasse in Thun: Sie soll für den Langsamverkehr ganz geöffnet werden. Wann dies geschieht, ist allerdings völlig offen.

Markus Hubacher

verankert, die Uttigenstrasse für den Langsamverkehr zu öffnen – nicht aber für den motorisierten Individualverkehr. «Das macht es umso interessanter für den Langsamverkehr», bemerkte Hädener weiter. Ein Hindernis sind aber laut dem Bauvorsteher die noch unklaren Anforderungen der SBB, die in ihrem Rahmenplan Thun neu eine Verlegung der Gleiskörper näher an die Aare erwägen. «Damit haben sich die Gewichte verschoben. Die Öffnung der Uttigenstrasse ist momentan keine Win-win-Situation mehr zwischen der Stadt und der Armasuisse», führte Konrad Hädener aus. Die Stadt würde profitieren, während die Armasuisse blockiert sei. Mehr noch: «Es ist klar, dass die Armasuisse Nachteile in

Kauf nehmen müsste.» So sei heute auf dem geschlossenen Areal Werkverkehr möglich. Würde die Strasse geöffnet,

«Die Öffnung der Uttigenstrasse ist keine Win-win-Situation mehr zwischen der Stadt und der Armasuisse.»

Gemeinderat Konrad Hädener

müssten alle Fahrzeuge eine Strassenzulassung haben. Ein weiterer Punkt ist laut Hädener die «physische Zutrittssicher-

heit»: «Es handelt sich um ein sensitives Gebiet. Im Moment ist der Perimeter gesichert, bei einer Öffnung der Strasse müsste die Sicherung auf die Gebäude verlagert werden.» Was wiederum mit Investitionen verbunden wäre. Und schliesslich könnten auch die Lagerkapazitäten eingeschränkt werden. Denn: Gelagert werden teilweise Gefahrenstoffe, die der Störfallvorsorge unterliegen – und die Lagerkapazitäten hängen von der Nähe zur Bevölkerung ab. «Das sind drei Gründe für die Armasuisse, zu sagen, Win-win spiele hier momentan nicht», folgerte Konrad Hädener.

## Gespräche finden statt

Er betonte jedoch, die Öffnung der Uttigenstrasse sei deswegen

nicht vom Tisch: «Gespräche finden weiterhin statt. Bei der heutigen Ausgangslage gehe ich aber nicht davon aus, dass wir uns rasch finden.» Entscheidend sei der Wille des Grundeigentümers. Markus van Wijk von der SVP/FDP-Fraktion betonte in der Diskussion im Stadtrat, es sei wichtig, die Interessen der Armasuisse zu schützen. «Eine gut orchestrierte Vorgehensweise unterstützen wir aber.» Franz Schori von der SP-Fraktion erklärte derweil, eine Öffnung wäre für die Armasuisse ein Imagegewinn: «Es wäre ein schönes Zeichen, wenn die Armasuisse Hand für eine rasche Lösung böte.» In der Schlussabstimmung wurde das Postulat der Grünen einstimmig angenommen.

Michael Gurtner